

Sächsische Volkszeitung

Umschlagspreis: Sächsische Zeitung 10 Pfennige A mit illustriertem Ullage 12.75 M. Ullage B 11.25 M.
abzüglich Postporto und Briefporto. Preis der Einzelnummer 10 M.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. - Sprechstunde der Redaktion: 5 bis 6 Uhr nachm.

Anzeigen: Einnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorw. - Preis für die Zeit-Spalte aller Anzeigen 1.40 M. im Restanteil 8.50 M. - Für unbedeutend geschriebene, sonst durch Herausgeber aufgegebene Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Regels nicht übernehmen.

„Sogar in fettdruck“

Die Geschichte eines „Dementis“

In Nr. 173 der „Sächsischen Volkszeitung“ vom Freitag den 29. Juli haben wir zu der Meldung einer Dresdner Korrespondenz Stellung genommen, wonach der sächsische Ministerrat beschlossen habe, im Falle der Ablehnung der Befreiungsreform scheitern zu lassen. Diese Meldung der Korrespondenz wurde bekanntlich dementiert. Demgegenüber waren wir in der Lage, feststellen zu können, daß die Meldung der betreffenden Korrespondenz auf Richtigkeit beruhete und tatsächlich der Ministerrat beschlossen hatte, im Falle der Ablehnung der Steuern die Befreiungsreform nicht zu verabschieden. Daß diese Feststellung den Herren Ministern nicht gefallen hat, glauben wir gerne. Aber Tatsachen lassen sich nicht aus der Welt schaffen. Trotzdem erlich nun am Sonnabend mittag die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei einen neuen Ullas, der uns aber erst nach Redaktionsabschluß erreichte, so daß wir in der Sonnabendausgabe nicht mehr dazu Stellung nehmen konnten. Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilte der Presse folgendes mit:

„In einigen Blättern war behauptet worden, der Ministerrat hätte am 27. Juli beschlossen, im Falle der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer auch die Befreiungsreform scheitern zu lassen, und trotz des halbamtlichen Richtigstellungsberichts dieser falschen Nachricht hat die „Sächsische Volkszeitung“ heute sogar in fettdruck die falsche Behauptung wiederholt und obendrein verbüllt. Der Regierung Unwürdigkeit vorgeworfen. Es sei hierdurch nochmals die Unrichtigkeit der ersten Meldung festgestellt. Der Ministerrat hat einen solchen Beschluß überhaupt nicht gefaßt, es haben vielmehr nach der Sitzung des Ministerrates die Minister einmütig beschlossen, in einer Erklärung (die dem Landtag inzwischen vom Minister Lipinski unterbreitet worden ist) zu sagen:

„Ohne Grund- und Gewerbesteuer ist keine Befreiungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Die Regierung vertritt nachdrücklich der Grund- und Gewerbesteuer auch die Befreiungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Die Regierung vertritt nachdrücklich der Grund- und Gewerbesteuer auch die Befreiungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Die Regierung vertritt nachdrücklich der Grund- und Gewerbesteuer auch die Befreiungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich.“

Es kann mithin keine Rede davon sein, daß, wie einige Blätter es auf Grund einer falsch unterrichteten Korrespondenz darstellen, die Regierung „auf dem Rücken der Gemeinden und der Beamten den Konsult mit der Landtagsmehrheit aufsuchen“ wolle.“

Moraus ersichtlich ist, daß die gegenwärtige Kabinettsregierung in Sachsen selbst daran Anstoß nimmt, daß unsere Regierung „sogar in fettdruck“ erschienen ist. Es ist das etwas ganz Neues, und wir können uns wirklich nicht erinnern, daß bei irgend einem anderen Falle eine Regierung in einem Dementi, das zudem gar kein Dementi ist, sogar auf solche Unverschämtheiten Bezug genommen hätte. Vollständig zerlinsicht beklamen wir allerdings, daß es etwas Ungehöriges ist, Vorgänge bei Ministerialverhandlungen, wenn den Ministern die Veröffentlichung nicht erwünscht scheint, „sogar in fettdruck“ zu bringen.

Zur Sache selbst muß man den Mut bewundern, daß die Regierung Lipinski es riskiert, einen derartigen Ullas noch herauszugeben, über den die „Sächsische Staatszeitung“ die Überschrift „Eine Falschmeldung“ setzt. Bereits in der zweiten Ausgabe vom Sonnabend den 30. Juli schreiben die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Nr. 208) ganz richtig folgendes:

„Eine Feststellung können wir auch an dieser Stelle nicht unterlassen. Wir meldden vor einigen Tagen aus der Sachsenzeitung, daß die Regierung die Durchführung der Befreiungsverordnungen von der Genehmigung der beiden Steuern abhängig machen würde. Diese Meldung wurde in einer offiziellen Nachricht als glatte Erfüllung dementiert. Die heutige Regierungserklärung des Herrn Lipinski bestätigt unsere Information Wort für Wort, und es muß wirklich als ein starkes Sünd bezeichnet werden, wenn die Minister die amtlichen Pressestellen dazu mißbrauchen, ihnen unangenehme Wahrheiten in Lügen umzustempeln.“

Wir haben schon oben angegedeutet, daß es sich auch bei dem neuesten Bericht der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei um gar kein Dementi handelt. Nach der ersten Meldung der Sächsisch-Döbelner Korrespondenz wurde glatt abgestritten, daß im Ministerrat etwas Derartiges vorgekommen sei. Jetzt wird es erneut die Unrichtigkeit der ersten Meldung festgestellt. Es wird aber gleich dazu gesagt, daß „nach der Sitzung des Ministerrates die Minister einmütig beschlossen“ haben, es sei ohne Grund- und Gewerbesteuer keine Befreiungsordnung und keine Erhöhung der Pensionen möglich. Sonderbar, höchst sonderbar! Der Ministerrat hat keinen solchen Beschluß gefaßt — aber nach der Sitzung des Ministerrates haben die Minister einmütig beschlossen, im Falle der Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuer die Befreiungsreform scheitern zu lassen!!! Das wird also glatt zugegeben, und da mag es wirklich das Ministerium Lipinski, von einer Falschmeldung zu sprechen. Wie müssen schon sagen, daß eine solche Rücksicht und noch nicht vorgekommen ist.

Es handelt sich also tatsächlich um einen einmütigen Beschluß der Minister — der nach dem Ministerrat gesetzt worden ist. Einmütige Beschlüsse nach den Ministerratssitzungen sind danach die neuesten Blätter der sächsischen Kabinettsregierungsmethoden. Unter solchen Umständen kann man natürlich immer ein Dementi in die Welt hinausschicken. Man muß wirklich das Geiste bewundern, mit dem diese Regierung, in der Lipinski und Flechner dominieren, es versteht, ihre Ansichten mehr und mehr zu untergraben. Und damit natürlich auch das Ansehen des sächsischen Staates überhaupt.

Wir möchten aber nicht verschließen, den Herren Lipinski und Flechner eine neue Gelegenheit zu einem Dementi zu geben. Selbst in Kreisen der unabhängigen Sozialdemokratie wurde in diesen letzten Tagen die Ansicht geäußert, daß im Falle eines Rücktritts der Regierung von der Unabhängigen Sozialdemokratie keinesfalls mehr die Herren Lipinski und Flechner als Ministerkandidaten nominiert würden. Das sei bereits eine ausgemachte Sache. Vielleicht erklären die Herren Lipinski und Flechner jetzt, daß es sich bei diesen Neuheiten wieder um einen Parteitags- noch sonst einen Versammlungsbeschluß von Unabhängigen handle. Das wäre dann richtig. Aber ebenso läuft sich nicht an der Tatsache rütteln, daß über die Herren Lipinski und Flechner in ihren eigenen Parteizeihen das geschehen worden ist, was wir soeben behauptet haben.

In diesem Zusammenhang — es geht der Auffassung nach so gut zu dem neuesten Dementi — sei auf einen Artikel der reichssozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ vom 21. Juli (Nr. 170) hingewiesen, in dem behauptet wird: „Der rechtsgeschicht eingeleitete, zum Wahlauftakt organisierte Angriff der bürgerlichen Parteien gegen die Regierung endete mit einem glorreichen Rückzug.“ Demgegenüber sei festgestellt, daß der Vertragungsantrag — wie auch vom „Dresdner Anzeiger“ in Nr. 205 bestätigt wird —, von den Mehrheitssozialdemokraten angegangen ist. Der Artikel in der reichssozialdemokratischen „Dresdner Volkszeitung“ stellt die Regierung geradezu auf den Kopf. Denn entgegen ihrer zuerst geäußerten Ansicht haben sich schließlich und trotz des nach der Ministerratssitzung einmütig gefaßten Beschlusses der Minister die Sozialdemokraten mit der Elegierung der Befreiungsordnung in der Freilagerstellung einverstanden erklärt. Der eben erwähnte Artikel in dem Organ der Dresdner Mehrheitssozialdemokraten kommt aus der Feder des Landtagsabgeordneten Betschke, der auch die Stellungnahme der Kommunisten beleuchtet und am Schluss von der kommunistischen Partei folgendes sagt: „Zumherhin kann schon heute gesagt werden, daß eine Realisation, die auf die zuliebe Teilhaberschaft dieser Partei mit aufgebaut ist, schwerlich auf die Dauer zu halten ist.“ Ohne sich irgendwelchen Illusionen hinzugeben, verdient diese Bemerkung immerhin, registriert zu werden.

Um nun noch einmal auf das „Dementi“ zurückzukommen, so stellen wir also fest, daß die Minister am 27. Juli einmütig beschlossen haben, jetzt noch die vom Landtag bereit am 30. Juni im Prinzip bewilligte Befreiungsordnung vor der Annahme bezw. Ablehnung der Grund- und Gewerbesteuerverordnungen abhängig zu machen. Es handelt sich also um einen einmütigen Beschluß des Minister in dieser Hinsicht — und etwas anderes haben wir ja nicht behauptet. Ob dieser einmütige Beschluß der Minister nach der Sitzung des Ministerrates erfolgt ist oder nicht, ist im höchsten Grade gleichgültig, und gehört lediglich in das Kapitel der kuriosen Ereignisse seit dem 1. Dezember 1920. Wie freuen wir uns, daß somit das Dementi der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei unsere Feststellung in Nr. 173 vom 29. Juli sicherlich bestätigt. Diese Art zu demenieren, ist allerdings im Interesse des Ansehens und der Würde des sächsischen Staates tens weniger erfreulich.

17. Generalversammlung der Präsidia der katholischen Gesellenvereine

Am 25. 26. und 27. Juli fand in Köthen die 17. Generalversammlung der Präsidia des Gesamtverbands Katholischer Gesellenvereine statt. Es war dies die erste Generalversammlung, die nach dem Krieg abgehalten wurde. Schon die Zeit, da der Weltkrieg und die Revolution zwischen den letzten Generalversammlungen, die im Jahre 1913 stattgefunden hatten, und den heutigen lagen, machten die Versammlung bedeutungsvoll für die Arbeit des Gesellenvereins. Der Gesellenverband war im Kriege fast ganz zusammengebrochen. 17.000 seiner Mitglieder hatten den Heldentod erlitten. Die übrigen standen fast sämtlich im Felde; die Hinteren waren zu Vagabundzwecken benutzt worden. Aber trotz der großen Verluste durch den Weltkrieg hat der Gesellenverein sich mit eigener Kraft wieder erneuert und heute zählt der Gesellenverein in seinem Gesamtverband wiederum an 70.000 aktive Mitglieder.

Was als besonders erfreulich Zeichen nach dem völkerzugewandten Weltkrieg hervorgehoben werden muß, war die Tatsache, daß die Generalversammlung des Gesellenvereins internationale Charakter trug. Nicht nur hatten die österreichischen Gesellenvereine Vertreter entsandt, auch die Schweiz war mit mehreren Präsidia vertreten, ebenfalls war der Präses des österreichischen wieder neu entstandenen Gesellenvereins

eins zugegen. Mit besonderer Freude konnte auch ein Vertreter der nordamerikanischen Gesellenvereine aus Chicago begrüßt werden. Der Generalpräses der katholischen Gesellenvereine hatte es sich nicht nehmen lassen, mit zwei anderen Präses auf der Tagung zu erscheinen. Der Generalpräses von Ungarn war nur durch die ziehenden Kosten der Reise im letzten Augenblick verhindert worden, zu erscheinen. Da selbst aus der Tschechoslowakei waren drei Vertreter, drei tschechische Präses aus Prag erschienen, so daß mit Stolz wohl auf die Präses hingewiesen werden kann, daß hier, im Gesellenverband vielleicht die einzige wirkliche Internationale unter der Arbeiterjugend der erwähnten Länder gegeben ist auf katholischem Boden.

Die Begrüßungsrede zeigte schon echt Kolpingischen Familiensempfang und so konnte die Tagung recht hoffnungsvoll eröffnet werden. Der Generalpräses konnte die Segenswünsche nicht nur der drei großen Kardinäle und vierter Bischofe, sondern ebenfalls auch des Kardinalstaatssekretärs Gaspari, der im Namen des Heiligen Vaters ein bulgarisches Schreiberin handte, verlesen. Auch der Kardinalprimas von Ungarn, Cernaia, hatte es sich nicht nehmen lassen, seine besten Wünsche der Tagung zu entbieten.

Nachdem der hochwürdige Herr Weihbischof Dr. Paul Berg in einer hl. Messe den Segen Gottes auf die Tagung herabgesegnet hatte, begannen die Arbeiten. Die wichtigste Frage stand zunächst die Frage nach der Neuorganisation des Gesellenvereins auf der Tagesordnung. Ausführend zu den Gewohnheiten der Zeit seiner Gründungsjahre hat der Gesellenverein auch wieder den Vertretern seiner alten Verbündeten das Wiederbestimmungsrecht bei feiner gegebenen Versammlung, der Generalversammlung eingeräumt. Die Entwicklung der Zeit hat es nötig gemacht und die Tatsache Arbeit im Geiste Kolpings mußte das Vertrauen herstellen, daß auch die Mitglieder wiederum durch dieses ihr Wiederbestimmungsrecht werden, was sie vor allem in der ersten Zeit der Gründung waren: Die Apostel und Träger des Kolpinggedankens. Mit Bravour auf das Wiederunterhütingenwesen wurde das moderne Wiederbedürfnis insofern in auffälliger Weise entgegengekommen, als neuen dem Wanderbuch, das nur für die arbeitslos auf Wanderschaft gehenden Mitglieder gilt, eine Wanderkarte eingeführt wurde, die, wenn auch nicht freies, so doch billiges Quartier in allen Gesellenhäusern gewährten soll.

Die zweite bedeutsame Aufgabe bestand darin, dem Gesellenverein der modernen Entwicklung entsprechend seine Aufgaben gezielt vorzugeben. Der Gesellenverein erfüllt seine zeitgeschichtliche Aufgabe heute darin, den religiösen Verfeindlern des Katholizismus in der Jugend zu pflegen und es wurde dargelegt, wie vom religiösen Boden aus allein dieser Verfeindlern des Katholizismus gepflegt werden kann, welch hohe soziale Bedeutung der Gesellenverein durch diese Pflege des Verfeindlens für die Gemeinde hat und wie die Bildungsarbeit des Gesellenvereins auch mit diesem Verfeindlern sich verbinden muß. Einen Niederschlag finden die Ausführungen in einem eigenen Programm, das der Katholische Gesellenverein auf dieser kleinen Generalversammlung einstimmig angenommen hat. Dieses Programm zeigt, wie aus dem alten Kolpingischen Ideal in die Lebendigkeit für den berufstätigen Aufbau der Gesellschaft in der heutigen Zeit schöpft lädt.

Die schwierige Frage der Stellung der Gesellenvereine zu der Räumungsbewegung wurde ebenfalls auf der Tagung erörtert, muß aber noch weiterer Klärung vorbehalten bleiben.

Auf jeden Fall darf diese Tagung des Gesellenvereins, jenes Vereins, der dem katholischen Volke durch seine gelehrte Vergangenheit solich geworden ist, alle Bedeutung beanspruchen. Es dürfte wohl eine der wichtigsten Generalversammlungen des katholischen Gesellenvereins gewesen sein und man darf wohl hoffen, daß aus dieser Generalversammlung nun auch der Gesellenverein neue Kraft schöpft wird und seine Stellung innerhalb der modernen Jugendbewegung damit geziertet hat.

Die Generalversammlung schloß mit einer feierlichen Andacht in der Minoritenkirche mit Predigt Seiner Eminenz des hochwürdigen Herrn Kardinals und Erzbischofs und einer geistigen Ovation vor dem Kolpingdenkmal.

Die Antwort Englands

Paris, 30. Juli. Haben wir nicht aus London: Wie leicht erfaßt ist die Rolle, die von der britischen Regierung an Frankreich geführt wurde, ein in verschönlicher, gleichzeitig aber in energischer Zone gehaltenes Schriftstück. Sie wurde von Lord Curzon nach dem Ministerrat von vorher bestimmt angepeilt und von den Ministern in der Nachmittagsstunde mit nur geringfügigen Änderungen angenommen. Die Rolle ist ein lange mit der Schreibmaschine gefertigtes Schriftstück von ungefähr 12 Seiten Monogrammformat.

Der erste Teil ist eine Prüfung der Tatsachen gewidmet, die von der französischen Regierung vorgebracht wurden, und wiederholt in klarer Form die Ereignisse, die seit der Niederwerfung der französischen Republik an Deutschland am 16. Juli ehe vorhergehende Verständigung mit den Alliierten sich abgespielt haben. Das sei das erste Anzeichen eines Auseinandersatzes der Politik der Zusammenarbeit, die bisher gefolgt wurde. Dieser Hinweis diene nicht nur, die französische Regierung an das zu erinnern, was sich tatsächlich ereignet habe, sondern auch dazu, die Form zu belasten, in der die britische Regierung immer wieder den Menschenfaktor der Zusammenarbeit und gegenüberliegenden Verständigung zwischen den alliierten Mächten aufzuzeigen. Die Rolle drückt sodann das Erstaunen aus, daß die britische Regierung bei der Ausarbeitung der Haltung der französischen Regierung empfunden habe, die in den ersten Tagen des Juli sich von dem Grundsatz der Zusammenarbeit entfernt, auf den Lord Curzon und der französische Botschafter dringend hingezogen und vorher sie sich verständigt hätten.

Priands Entgegnung

Paris, 30. Juli. (Havas.) Priand hatte gestern abend eine Besprechung mit Lord Hardinge und teilte ihm den Standpunkt der französischen Regierung nach dem Empfang der englischen Note mit. Priand wird heute Lord Hardinge eine Note überreichen, in der die verschiedenen Seiten der Unterhaltungen über die oberschlesische Frage nochmals zusammenfassend wiedergegeben werden und in der die Antwort auf die hauptsächlichen Ausführungen der britischen Regierung steht. Die Hauptfrage sei die Frage, welche Politik Frankreich und Großbritannien in der oberschlesischen Frage nunmehr einschlagen werden. Das eine sei doch wohl sicher, daß sie beide von der Wiedereinigung überzeugt seien, die Solidarität der Verbündeten zu erhalten zu wählen. Deutschland erkläre, nach dem Vorlaute des Friedensvertrages könne die Entfernung von Verstärkungen nicht erfolgen, wenn sich die Verbündeten nicht vorher nicht verständigt hätten. Frankreich könne nicht zweien, daß die Verschärfung bestrebt sei, es auf diesem Wege von seinen Verbündeten zu trennen. Es sei daher unbedingt geboten, Deutschland einen neuen Beweis von der Einheit der französisch-englischen Haltung zu geben. Der verbindliche Weg würde darum liegen, daß noch vor dem Zusammentreffen des Obersten Rates ein gemeinsamer Schritt in Berlin erfolgen würde, durch den die Reichsregierung aufgefordert würde, jetzt schon Maßnahmen zur Verstärkung französischer oder sonstiger Verbündeter Truppen als Festungsmauer für Oberschlesien zu ergreifen. Sodann würde der Oberste Rat in seiner ersten Sitzung diese Frage der Verstärkungen erörtern; und erst nach Abschluß dieser Frage würde man an die eigentlichen sachlichen Verhandlungen über die Teilung Oberschlesiens herangehen. Dieses Verfahren sei anscheinend auf beiden Seiten des Kanals angenommen worden.

Ein englisch-französisches Kompromiß

Paris, 31. Juli. Die Havasagentur teilt mit: Der englische Botschafter hat den Ministerpräsidenten dringend verständigen lassen, daß die britische Regierung sehr gern dem Vorschlag Priands zustimme und ihren Botschafter in Berlin beauftragen werde, sich seinem französischen und italienischen Kollegen anzuschließen, um einen gemeinsamen Schritt bei der deutschen Regierung zu unternehmen und dieser mitzuteilen, daß sie sich bereithalten sollte, auf jede mögliche Weise den Transport der alliierten Truppen, die die Lage in Oberschlesien in jedem Augenblick erfordern könne, zu erleichtern. Doch Kurzou schlägt den 8. August für den Zusammentritt des Obersten Rates vor, da sich der italienische Ministerpräsident nicht früher nach Paris begeben könne. Von George werde der Eindruck des Obersten Rates, die, falls der Wunsch der französischen Regierung dahingehende, in Paris stattfinden werden, bewahren. Die Ton der englischen Antwort sei sehr herzig, und der britische Botschafter habe seine lebhafte Begeisterung darüber ausgedrückt, daß sich die Missverständnisse der letzten Tage erklären.

Wie Havas weiter berichtet, hat noch am Sonnabend abend der englische Botschafter in Berlin Anweisung erhalten, sich dem bereits erfolgten Schluß des französischen Botschafters anzuschließen. Die französische öffentliche Meinung werde diese erste Verständigung über das einzuschlagende Verfahren als Anstift zur französischen Lösung dieser Frage von Grund aus ablehnen. Der Oberste Rat werde am 8. August in Paris zusammentreten. Völker werden eingeladen werden, und Angelus werde einen Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen lassen. Die Konferenz werde in eicher Linie die Frage der nach Oberschlesien zu entziehenden Verstärkungen, sowie die Teilung des Abstimmungsgebietes zu regeln haben. Die Friedensbeschlußfrage werde sehr wahrscheinlich auch geprüft werden. Die Frage der Reparationen werde in ihrer Gesamtheit wahrscheinlich nicht ins Auge gefaßt werden, da die alliierten Finanzminister gleich nach der Konferenz gewisse technische Fragen zu regeln hätten, wie die Verteilung der bereits von Deutschland gezahlten Entschädigungssumme, der Belebungskosten usw. Ein Hauptpunkt, die Aufrechterhaltung der drei Londoner Sanktionen: Begehung von Mord, Raub und Brand, werde bestimmt angeschnitten werden, doch gehe die allgemeine Meinung dahin, daß Entschließungen darüber der Garantiekommision überlassen werden sollen, die die Ausführung der deutschen Verpflichtungen zu überwachen hat.

Befriedigung der Pariser Presse

Paris, 31. Juli. Die Pariser Morgenpost spricht sich mit Befriedigung über das Kompromiß aus, das zwischen England und Frankreich abgeschlossen wurde, nimmt es aber mit Zurückhaltung auf. "Petit Parisien" schreibt: Gemäß dem Versailler Friedensvertrag händelt es sich heute darum, auf der Stelle das zu beachten, was als der Wille der oberschlesischen Bevölkerung durch die Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sei. Gewiß müßten die geographischen Gegebenheiten eine Rolle spielen, aber nur eine untergeordnete. Wenn man sich entschließen an diese Wahlheit halte, sei es wahrscheinlich, daß die Verständigung auf einer Grundlage ähnlich der, die Graf Sforza vorgeschlagen habe, schnell erzielt werde. — Im

"Glo de Paris" schreibt Berlitzar, man kann nur sagen, daß man die Hassabsage getötet habe, denn die Frage bleibt bestehen, welche Ressortgruppe noch Oberschlesien geschickt und wann sie dort hin abholen werden.

Über das englisch-französische Kompromiß äußert sich "L'Europe" bestreitig, empfindet aber doch eine gewisse Beunruhigung und wirft die Frage auf, ob die Vertreter der drei alliierten Hauptmächte die sachlichen Fragen mit Herzlichkeit in Kongress nehmen würden, nachdem man über eine Formfrage so stark auseinander gekommen sei. Es handle sich nicht nur um die oberschlesische Frage, sondern auch um das Problem der Sanktionen und Reparationen, sowie um den Kriegsfall im Orient. — "Le Nouveau" bemerkt, Frankreichs Rückbarm seien vielleicht erstaunt gewesen, daß Frankreich an seinen Gedanken festhalte und bei Gelegenheit sie entschieden zum Ausdruck zu bringen bestrebe. Bei dies das Ergebnis, dann habe man es nicht zu bedauern, denn es scheine doch, daß Frankreich sich in Verdun seine Würdigkeit errungen habe. — Der sozialistische "Populaire" verteidigt die Meinung, seit gestern sei die Entfernung von Verstärkungen nicht mehr eilig. Den Gründen genommen lügen französische Grundannahmen vor. Die Komodie gehe zu Ende. Man möge nicht versuchen, sie noch einmal von vorne anzufangen.

Der deutsch-amerikanische Friedenschluß

Paris, 31. Juli. Nach einer Meldung der "Chicago Tribune" liegen in Washington Berichte vor, daß sich Präsident Harding in der Frage der Herstellung des Friedens zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten schneller entschließen werde, als es die allgemeine Meinung sei. Obwohl der Generalanwalt noch nicht seine Ansicht dahin geäußert hat, daß die Präsidentschaft notwendig ist, werde angenommen, daß der Präsident sich überzeugt habe, daß sie erlassen werden solle.

Verschiebung der Abstimmungskonferenz

Paris, 30. Juli. Der Verlegerkoffer der "Newport Tribune" in Washington teilt mit, daß der britische Botschafter und sein japanischer Kollege dem Staatssekretär Hughes einen Besuch abgestattet habe, um ihn zu erläutern, die vom Präsidenten Harding einberufene Konferenz zu vertragen. Nach gewissen Erwartungen steht es, daß die amerikanische Regierung vielleicht zustimmen wird, die Konferenz bis zum nächsten Frühjahr aufzuschieben. Staatssekretär Hughes gab die Erdnung ab, daß das ehemalige deutsche Kabel zwischen den Inseln Guam und Palau wahrscheinlich den Vereinigten Staaten zugesellt werden würde.

Eine Reise Lloyd Georges nach Amerika?

Paris, 31. Juli. Wie dem "New York Herald" und London berichtet wird, hält man es für möglich, daß Lloyd George sich demnächst nach Amerika begeben werde. Die Neiße steht augenscheinlich mit der Tätigkeit Roosevelt's in den Vereinigten Staaten in Zusammenhang. Als Vorwand werde dienen, daß die Premier des Dominions vor ihrer Heimkehr sich mit Staatssekretär Hughes und Präsident Harding über die japanische Frage zu beschäftigen wünschen.

Pläne gegen die französischen Forderungen

Rom, 30. Juli. Der parlamentarische Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat heute in vorläufiger Sitzung den Angesetzten und den italienischen Kommissar im Opeln General de Marin über Oberschlesien gebeten. Der General beantwortete die von ihm gerichteten Fragen an Hand der Karten und wirtschaftlichen Tatsachen. Torella sah die Missionen seiner Politik aneinander und verschärfte. Italien habe sich revolutionär gestellt. Er habe die an Italien gerichtete französische Auflösung, neue Truppen zu verschieben, Italien abgetreten und sich an der französischen Forderung nicht angelehnt, um so mehr als die französischen Truppen bereits in größerer Anzahl seien als die englischen und italienischen Truppen zusammengekommen.

Ein Schreiben des deutschen Ausschusses

Breslau, 31. Juli. Der Deutsche Ausschuß für Oberschlesien hat unter dem 27. Juli dieses Jahres ein Schreiben an die Interalliierte Regierungs- und Fleißsaltkommission in Oppeln gerichtet, in dem es heißt:

Die Interalliierte Kommission hat in ihrem Amnestieerlass bekannt gegeben, daß die angeordnete Räumung mit dem 5. Juli durchgeführt und der geheimnislose Zustand wiederhergestellt sein werde. Demgegenüber weisen wir auf folgende Tatsachen hin, die wir durch die beigelegten Protokollabschriften und sonstige Urkunden belegen. In vielen Orten über die Polen noch die gleiche Macht aus, wie während des Aufstandes. Schießereien, besonders des Nachts, und Überfälle stark bewaffnete Banden haben sich wiederholt ereignet. Die ordnungsmäßigen Behörden sind an vielen Stellen verhindert worden, ihr Amt wieder zu übernehmen, über Polen, die sich während des Aufstandes unterhielten, über die noch heute aus und erschaffen ungesehliche Verhältnisse.

Die Gemeindewachten, die auf Befehl der Interalliierten

Halben, dem die ganze Zeit über ohnehin nicht wohl war bei der Sache, gütig ärgerlich die Menschen.

"Ich kann mich doch nicht aufdrängen, gnädiges Fräulein. Wenn Ihre Cousine nicht besessen an der Unterhaltung mit Herrn Heimann findet. . . ."

"Ach was, Sie sind zu schüchtern und bescheiden. Werken Sie sich dies: mit Schmach gewinnt man kein Frauenherz."

"Aber was soll ich tun?"

"Erklären Sie sich so bald wie möglich, z. B. gleich heute beim Abendessen, wo Sie Brigittes Tischherz sind."

Halben schwieg und rieb sein edles, glattrasiertes Gesicht, während seine runden Brüche nachdrücklich auf Brigittes Schultern. Eine dunkle Ahnung warnte ihn, dem Platz zu folgen. Wenn sie ihm abwies, war alles verloren. Und er hätte sich diese Mädchen nun einmal in den Kopf gesetzt — gerade darum vielleicht, weil er meinte, daß sie sich dagegen wehrte. Er liebte "schwierige" Fälle — nicht bloß im Revier.

Annochen wandte er sein Auge von dem jungen Mädchen. Brigitte erhob sich.

"Sie müßt vor Tisch noch einmal in der Küche nachsehen," entschuldigte sie sich bei Heimann.

Draußen erwies sie tief auf. Das Gefühl, nicht mehr ganz so schwulzhaft zu duzeln wie bisher, hatte Entschlossenheit in ihr wachgerufen.

Nein, sie wollte sich nicht verschrecken lassen wie eine Ware. Sie wollte überhaupt nie heiraten. Aber es würde sich ja wohl irgend eine Stelle für sie finden, zu Kindern oder als Hausmutter. Sie wollte mit allem zufrieden sein, wenn sie nur auf eigenen Füßen stehen könnte. Und dazu wünschte dieser Herr Vater, den sie sehnlichst erwartete, ihr vielleicht behilflich sein. Denn offener Widerstand konnte sie dem Onkel doch nicht bieten, wo sie ihm so viel verdankte — und heute wollte sie lieber gar nicht mehr erscheinen.

5. Kapitel

Halde stand in ihrem hellblauen Boudoir und starrte zerstreut auf die Azaleenpracht, die soeben sorgfältig vom Gärtner in Moos und Seidenpapier verpackt, durch die Post gekommen war.

Ein Billett stand drin, darauf in almanachähnlicher Schrift geschrieben stand: „Ein Brief aus Ottental, der dem kleinen Löffelchen sagen soll, wie zwei sehr alte Freunde sich freuen würden, sie bald in ihrer künftigen Heimat begrüßen zu können. Hans und Pauline b. Degen.“

Die junge Frau runzelte die Stirn, schob das Billett beiseite und warf sich leidenschaftlich in einen der lederen Fauteuils.

Kommission gebildet wurden, bestehen in vielen Gemeinden nur aus Insurgenten oder zählen zahlreiche Insurgenten zu ihren Mitgliedern. Gewalttätigkeiten aller Art, Plündерungen, Verzweigungen, Verkleppungen, Misshandlungen, Freiheitsberaubungen ereignen sich alle Tage. Worte sind an Deutschen verloren, nur ein kleiner Teil dieser Untaten gelangt zur Kenntnis der Behörden, da viele unter dem Druck des polnischen Terrors nicht wagen, ihre Beschwerden vorzubringen und mit ihrem Namen zu decken. Die überreichten Protokolle genügen aber, um ein erschütterndes Bild von dem Leid zu geben, das das oberschlesische Volk noch heute erdulden muß. Dazu kommt der schwerelose Druck, den die Furcht vor der Wiederholung des Aufstandes erzeugt.

Die im Einverständnis mit der Interalliierten Kommission eingerichtete Liquidationskasse der Insurgenten sind nichts anderes als Sammel- und Organisationsbüros für die Vorbereitung eines neuen Aufstandes. Einwandfrei ist beobachtet worden, daß gesetzlose Formationen der Insurgenten noch jetzt die Grenze überschreiten. Die überreichten Befehle, die Aufreis und Hegartikel der oberschlesisch-polnischen Kreise, sowie die ganz offen vorgekommenen militärischen Vorbereitungen der Aufständischen zu Zusammenstößen, Blüffungen, Rückschlägen u. a. beweisen zur Genüge, daß man auch heute in polnischen Kreisen nicht darauf verzichtet, die politischen Forderungen mit Gewalt durchzusetzen.

Es ist begreiflich, daß in dieser Not sich der deutschen Bevölkerung große Unruhe bemächtigt. Die Nachricht, daß Frankreich, der Mann, der alles Unglück Oberschlesiens verursacht, vom französischen Ministerpräsidenten empfangen wurde, wirkt wie ein Haßschlag. Die Ereignisse der letzten Monate haben das deutsche Volk in Oberschlesien mit tiefer Misstrauensgefahr befallen, auch nach Beendigung des polnischen Aufstandes, zeigen, daß französische Soldaten und Offiziere die Kundschafter unterstützen und sich offen mit ihnen verbündet haben, während deutsche Oberschlesier von ihnen hart bestraft, beleidigt und misshandelt wurden. Es haben sogar französische Soldaten gemeinsam mit Polen Gewalttätigkeiten gegen Deutsche verübt. Wir weisen besonders auf den Vorfall Venau hin. Diese Tatsachen haben die Unruhe zu einer ungeheuren Erregung gesteigert. Die ordnungsmäßigen Elemente sind unterdrückt oder verjagt, alle niederen Bevölkerungen sind entfesselt. Die während des Aufstandes von den Insurgenten verübten fürchterlichen Verbrechen sind noch unerschöpft. Das deutsche Volk in Oberschlesien ist in seinen höchsten Gefilden auf das tiefste verletzt. Das Wirtschaftsleben ist sehr beeinträchtigt, die Industrie nimmt in der öffentlichen Betrachtung und in den Betrieben gefährlich zu. Sofortige Hilfe tut not. Dazu gehört vor allem, daß die Interalliierte Kommission bei den unzulänglichen Megierungen der Untermächte auf rätsche Entscheidung über das Schicksal Oberschlesiens drängt. Die Note erinnert die französische Regierung daran, daß nach dem Frankfurter Wölfchenfall im April vorigen Jahres Millerand die endgültige Zusicherung gab, daß die französische Regierung keine selbständige Maßnahme ergreifen werde, die die gemeinsamen Interessen der Alliierten berührten. Die Note drückt dann die Enttäuschung aus, die nicht nur durch die offensore Absehung der französischen Regierung, von damals angenommenen Grundsatz abweichen, sondern auch durch den offensichtlich unfreundlichen Ton der Mitteilung der französischen Regierung vom Mittwoch. Es überwiegt der britischen Regierung, zu glauben, daß ein solcher Ton auch unfeindliche Absehung der französischen Regierung einschlägt. Alles, was Großbritannien verlangt, sei eine Allianz, die durch die schrecklichen Opfer der Alliierten zusammengekehrt wurde und die auf der gleichen Grundlage gemeinschaftlich Vertrauen weiterbringen bleibe. Die Note führt hinzu, Großbritannien habe, um zu diesem Ziel zu kommen, der französischen Regierung schon viele Zugeständnisse gemacht, und sei bereit, solche auch weiterhin zu machen. Was aber den Grundsatz der gemeinsamen Verantwortung in Oberschlesien andeutet, so sei es Großbritannien durchaus unmöglich, Maßnahmen gutzugeheben, die unvermeidlich die Grundsätze der Allianz erschüttern könnten. Die britische Regierung führt sich verpflichtet zu der Anfrage, welche Errichtung die französische Regierung für die Bevölkerung geben will. Wenn solange diese Frage nicht gelöst sei, sei es schwer, zu sehen, auf welcher Grundlage die Zusammenarbeit der Alliierten fortgesetzt werden könne.

Paris, 30. Juli. "Le Nouveau" schreibt: Die augenscheinliche Haltung der englischen Regierung in der oberschlesischen Frage sei tatsächlich die Meinung Englands. Die englische Regierung oder Lloyd George handeln, wie man auf der Straße denkt. Selbst die Times und Daily Mail kritisieren nur Einzelheiten der Kabinettspolitik. Die anglofranzösische öffentliche Meinung sieht Vater nicht, sie habe kein Interesse für dieses Land und kein Interesse in seine Zukunft. Sie sieht nicht einmal ein Teil der öffentlichen Meinung seines Kanals Frankreichs Macht und habe diesmal Lloyd George nicht aufgefordert, seine Haltung gegenüber Frankreich zu ändern.

Paris, 30. Juli. "Le Nouveau" schreibt: Die augenscheinliche Haltung der englischen Regierung in der oberschlesischen Frage sei tatsächlich die Meinung Englands. Die englische Regierung oder Lloyd George handeln, wie man auf der Straße denkt. Selbst die Times und Daily Mail kritisieren nur Einzelheiten der Kabinettspolitik. Die anglofranzösische öffentliche Meinung sieht Vater nicht, sie habe kein Interesse für dieses Land und kein Interesse in seine Zukunft. Sie sieht nicht einmal ein Teil der öffentlichen Meinung seines Kanals Frankreichs Macht und habe diesmal Lloyd George nicht aufgefordert, seine Haltung gegenüber Frankreich zu ändern.

Was sollten die duseligen Azaleen daneben? Und die schön östler wiederholte Einladung nach dem schwiegerelterlichen Gut, das so fern von allem lag, was Noldes Gedanken beschäftigte? Ich ja — die Liebe konnte auch recht lässige Seiten haben. Seit Clara Abreise empfand sie das zuweilen mit leichter Ungebild.

Die Rose räumte das Moos beiseite, das die Azaleen umgeben hatte.

"So," sagte Nolde, "trage sie nur das ganze Zeug da hin aus. Ich mag keine Azaleen."

Sie stand auf und trat vor den zuberumrahmten Spiegel, um die Falten des halbsfreien mitgrünen Kleides zu ordnen, das ihre Gestalt wirkungsvoll umschloß.

Sohn war sie mit dem kleinen funkelnden Brillenauge, den blonden Haaren und den leuchtenden Augen. Dennoch — und dafür sollte keiner blind sein, auch Freuden nicht, da man einmal Eltern nicht da war, um es zu würdigen. Auch später, wenn sie seine Frau war — ach nein, darin sollte man sich nicht lassen deshalb.

"Schon jemand hier?" fragte sie die Rose über die Schulter.

"Nur der gnädige Herr mit einigen älteren Herren. Sie kamen vor einer Viertelstunde an und sitzen im Spielzimmer wie gewöhnlich."

"Einen Augenblick, Papa. Herr Heimann will die einen Bekannten vorstellen, den er mitbrachte."

Herr Oppach legte die Karten, die er eben aufgenommen hatte, um zu geben, hin und folgte seiner Tochter in den Salon.

"Senor Vero und Mexiko," stellte Heimann vor, "er brachte schon darauf. Sie kennen zu lernen, Papa Oppach!"

Oppach verbeugte sich höflich und blieb dann, während er den Mexikaner willkommenheißend die Hand schüttelte, einigermaßen erstaunt in das kluge, glattrasierte Gesicht mit den schönen blauen Augen.

"Ihr Interesse ist mir natürlich sehr schmeichelhaft, Herr Vero, und ich würde mich freuen, Ihnen irgendwie dienen zu können."

(Fortsetzung folgt.)

Ein englisches Urteil über die farbigen Besatzungsstruppen

Berlin, 31. Juli. Der nach dem Rheinland entsandte Kriegsberichterstatter des "Manchester Guardian" schreibt jetzt eine Eindeutigkeit über die Besatzungsstruppen im besetzten Gebiet. Sein Urteil über die farbigen Truppen unterscheidet alles das, was über seit Monaten in dieser Richtung von der deutschen Presse gesagt wurde. Es heißt da: Man braucht nur einmal zu fahren nach Mainz oder noch weiterhin zu gehen, und man vermisst die Stimmung im Volke, ja sympathisiert mit ihr. Welch-Gründe auch immer, wirtschaftlicher oder sonstige, die Heranbildung der britischen Truppen bestimmt haben mögen — diese Gründe hätten nicht ausdrücklich sein dürfen gegenüber den unvermeidlichen Folgen, die der Gewandschwarzer Truppen haben muss. Es ist wahr, daß es sich nicht um Reparaturzwecke handelt (das stimmt nur zum Teil), sondern um Nordafrikane, die ein gewisses Minimum von Kultur haben. Soweit ich es habe feststellen können, werden sie auch nicht zwangsläufig einwohnen, aber es macht wenig Unterschied, ob ihre Farbe ebenfalls schwarz oder weiß und Kasse ist und ob sie in so nahe Verbindung mit der Bevölkerung gebracht werden, daß sie in ihre Häuser kommen. Selbst wenn sie harmlos wären — und ungetestet unvermeidlicher Nebeneffekt und vieler Propaganda gibt es keinerlei und unbestreitbare Beweise für schlechtes Verhalten, das hierzu im größten Sinne ist — ihr bloher Anblick in den Straßen und den Eisenbahnstationen bildet eine Bekleidung und Entledigung selbst für den freudigen Besucher.

Der Pascha von Mainz

Berlin, 31. Juli. Im Mainz traf dieser Tage, von dem Berater des französischen Generals Deputé feierlich empfangen, an Bord eines Schiffes der alliierten Rheinflotte der Pascha von Tanger ein. Diese farbige Franzose könnte das schwere und schmelzhafte Gefühl haben, als Bundesgenosse des Siegenden Frankreichs auf dem Boden Deutschlands zu weilen und dort seine in französischen Uniformen stehenden marokkanischen Landsleute in feierlicher Parade an sich vorzubefestigen zu lassen. Marocco als Herr im europäischen Deutschland" durchschreitet die eile Pascha schnellste. Die deutsche Bevölkerung fragt sich aber, ob es nicht angebrachter wäre, wenn der marokkanische Pascha, anstatt provozierende Paraden abzuhalten, einen Einblick in die Geiselnahmen über die Untaten marokkanischer Soldaten im besetzten Gebiet nehmen würde.

Freilassungen von Amerikanern aus Russland

Riga, 30. Juli. Die Sowjetregierung hat die Bedingungen des Handelsabkommens Hoover angenommen und vorerst die in Russland gefangen gehaltenen amerikanischen Bürger freigelassen. Als erster der Freigelassenen traf gestern Frau Harrison, eine bekannte amerikanische Journalistin, in Begleitung des amerikanischen Senators Francis hier ein. Frau Harrison und Senator Francis werden auf ihrer Heimreise Berlin bereisen.

Die Mandataatenkonferenz

Helsingfors, 29. Juli. Das Ministerium des Innern veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Da die friedliche Besetzung der neuen osteuropäischen Sphäre von großer Bedeutung für die auf der Konferenz vertretenen Staaten und für den bleibenden Frieden in Europa ist, haben diese Staaten beschlossen, auf Grund der Gemeinsamkeit ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen die Minister des Innern der baltischen Staaten von jetzt an Zeit zu Konferenzen zusammenzuberufen. Die nächste Konferenz wird in Warschau abgehalten werden. Die Konferenz erachtet den Wunsch aus, daß die schwedischen oder abgesetzten Verhandlungen über wirtschaftliche Abmachungen zwischen sowjetischen und polnischen Vertretern der Konferenz vereinbart werden durch den Abschluß von Handelsverträgen und Vereinbarungen über wirtschaftliche und Verkehrsfragen zwischen den beiden Teilnehmern an der Konferenz.

Helsingfors, 30. Juli. Auf der diesigen Konferenz der russischen Nachfolgestaaten wurde festgestellt, daß zwischen Lettland, Estland und Litauen Feindesfeinde militärische Aktionen gegen beide bestehen. In einer Entschließung wird auch ausgeholt, daß auch für die Zukunft keine militärischen Konventionen in Aussicht genommen sind. Die Konferenz sprach einstimmig den Wunsch aus, mit den russischen sozialistischen Sowjetrepubliken freundliche Beziehungen herzustellen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu unterstützen, pflegen und auszubauen.

Mittelrheinischer Zentrumsjugendtag

Das schöne rheinhessische Dorf war am Sonntag, den 21. Juli das Ziel einer jugendvollen und begeisterten Schar von Jugendzentrumsmitgliedern des Mittelrheins. Sie alle waren zu Bünden dort hingezogen, um am deutschen Rhein dafür zu sorgen, daß auch in der deutschen und christlichen Jugend der Gedanke und der Glaube wach ist an Kraft und Hoffnung unseres Volkes. Aber auch die alten Führer im Zentrum hatten es sich nicht nehmen lassen, der Jugend ihr Interesse zu zeigen dadurch, daß sie selbst teilnehmen wollten an dieser Tagung. Minister a. D. Welt und der Abg. Hofmann-Ludwigshafen waren als die beiden Hauptredner des Tages zugeladen. Dr. Schramm in Eltville, der schon von Kriegszeit her bekannte Freund und Förderer der Windhorstbundbewegung durfte nicht fehlen. Weitere waren von den hessischen Aufzugsunitäten von Brandoa-Tann, dem Abg. Noll, den Diözesanpräses Eich-Hungen, den Bürgernahmen der Stadt Pünzlich und den Generalsekretär der rheinischen Zentrumspartei Dr. Sammacher-Köln, sowie dem Abg. Steinmeier-Ems. Von Berlin aus nahm an der Tagung der 2. Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Windhorstbunde Dr. Ernst Buhle teil.

Die Tagung selbst zog in zwei große Saalplatten; eine geschlossene Versammlung und daran anschließend eine große öffentliche Volksversammlung im Freien am schönen Ufer des deutschen Rheins. Die geschlossene Versammlung wurde vom Abg. Hofmann-Ludwigshafen geleitet. Zu ihr sprach Dr. Schramm in Eltville über das Thema „Organisationsfragen“. In klar verständlicher und ausgesuchter Weise legte der Redner Amt und Aufgaben der Windhorstbunde dar, nachdem er einen kurzen historischen Überblick über die Windhorstbewegung selbst gegeben hatte. An seine Ansprechungen schlossen sich kurz Begrüßungsworte des Reichsministers a. D. Welt-Ellens und des 2. Verbandsvorstandes Dr. Buhle von Berlin. Dann erhielten die Bunde einen kurzen Bericht über die von ihnen geleistete Arbeit.

Eine lebhafte Aussprache schloß sich dieser Berichterstattung an. Dann gings hinaus auf die Festwiese an den schönen überlieferten Rhein. Tausende und Tausende hatten sich dort gesammelt — um in froher Begeisterung gemeinsam mit der Jugend den Zentrumsgedanken an Deutschlands prächtigsten Strom zu feiern.

Eine hochbedeutsame politische Rede hieß Reichsminister a. D. Welt. Von der Wunde im Westen spricht er, von der Wunde am Rhein, die so sichtbar schmerlich brennt, und an deren Wundwunden wendet er sich, mit derselben Haltung in der Frage der Sanctionen und in der Frage Oberherrschafts sowie in der Frage der Angreife gegen das Reichsgericht in Leipzig et sich auseinandersetzt. Von der Wunde im Osten spricht der Minister, die ebenso schmerlich brennt, wie die Wunde im Westen. Des Beben und schwerbedeutenden Oberschlesiens gedenkt er. Und zum Schluß wendet er sich an die deutsche Zentrumsjugend. Er schließt mit den Worten: „Wenn Sie, meine jungen Freunde, nun mit uns Alten gehen wollen, dann lassen Sie uns Alten noch mit raten und raten, damit Sie nach unserem Tode Sie und Ihren Sohn zu den alten Jahren stehen für Wahrheit, Freiheit

und Recht. Dann dürfen wir getrost in die Zukunft schauen, in eine glückliche Zukunft für Volk und Vaterland. Und so schließe ich mit den Worten:

Und wenn die alten Fechter
hinsinken im blutigen Strauß,
dann kommen neue Geschlechter
und kämpfen ihn mutig aus!

Darauf sprach der 2. Vorsitzende des Reichsverbandes der deutschen Windhorstbunde, Dr. Buhle-Berlin, kurz und wortig über das Thema: Was wir wollen? Wir wollen und müssen mit dem Rüstzeug, um ganze deutsche Männer zu werden. Wir wollen uns darum erfüllen mit dem Geiste, dessen wir bedürfen, wenn wir den Wiederaufbau unseres Vaterlandes möchten. Der Geist der Arbeit, der christlichen Liebe, der Vaterländschaft, der Volkgemeinschaft und des Idealismus seien die feinsten Grundlagen, auf denen unsere deutsche und christliche Zentralmündigkeit den Aufbau unseres Vaterlandes erhofft und erachtet. Der Redner bittet, das Gesöhnnis, das Reichsminister Dr. Welt verlangt hat, abzulegen, in der Hoffnung auf ein baldiges schönes Vaterland!

Zum Schlus spricht noch der Abg. Hofmann-Ludwigshafen über die Bedeutung der Zentrumspartei im parlamentarischen Leben. In vollständiger, lebhafter und ausgesuchter Choräleristik schlägt er die Arbeit des Zentrums von den Tagen der Nationalversammlung bis auf heute in ihren Hauptzügen. Er feiert die Höhe durch seine mit seinem Humor geprägten gründlichen Ausführungen. Und er schlägt diese mit einem dreifachen Hoch auf die Windhorstbunde, verbunden mit dem Wunsche, daß die Jugend der Partei recht viele neue und gute Kräfte zufließen möge. Als würdigster Abschluß der Tagung erhebt sich aus den tausenden Reden das alte deutsche Lied: Deutschland, Deutschland über alles, über die rheinischen Berge hinauf in den blauen Himmel des Himmels!

Nachrichten aus Sachsen

16. Sächsisches Bund-Siegeln

Aus allen Ecken Sachsen und Thüringens sind die Kreoler herbeigekommen, um sich am 16. Bundestag zu beteiligen und das 25-jährige Bestehen des Sächsischen Kreolverbands zu begedenken. Am Nachmittag des ersten Tages beschließen die anwältigen Kreoler die Stadt und am Abend folgt im Ausstellungssaal eine Festrede, bei der der Kreoliter Otto Weiß die Anwesenden begrüßt und das Philharmonische Orchester unter Leitung des Kapellmeisters Heider die musikalische Darbietungen hat. Der bairische Kammerländler Oelsbach einen von Alwin Röse verfaßten Vorwurf, in dem zum Abschluß gebraucht wurde, daß es notwendig sei, für den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes den Raum zu räumen und den Sinn zu stärken. Der Vorwurfe des Verbundes Dresden-Görlitz Paul Bahl berührte die Anwesenden und sprach die Hoffnung aus, daß der Sächsische Bund auch in Zukunft daran bekräftigen möge, den Regelknoten weiter zu entwinden. Die Festrede hielt der Bundespräsident Kurt Schneider, der die Allgemeinheit, die sämtlichen Kreolen ohne zu unterscheiden, die kleinen Kreolinen zugegangen waren, dankte. Zur Unterhaltung trugen bei der Opernköper Fröcke und die Schauspieler Bartsch und Prötsch.

Am Nachmittag fand im Opernhaus eine Parlamentariertagung statt, in der der Schriftsteller August Neumann den Reichsabgeordneten und Senator Franke werden auf ihrer Heimreise Berlin bereisen.

Die Mandataatenkonferenz

Sachsenburg, 29. Juli. Das Ministerium des Innern veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Da die friedliche Besetzung der neuen osteuropäischen Sphäre von großer Bedeutung für die auf der Konferenz vertretenen Staaten und für den bleibenden Frieden in Europa ist, haben diese Staaten beschlossen, auf Grund der Gemeinsamkeit ihrer wirtschaftlichen und politischen Interessen die Minister des Innern der baltischen Staaten von jetzt an Zeit zu Konferenzen zusammenzuberufen. Die nächste Konferenz wird in Warschau abgehalten werden. Die Konferenz erachtet den Wunsch aus, daß die schwedischen oder abgesetzten Verhandlungen über wirtschaftliche Abmachungen zwischen sowjetischen und polnischen Vertretern der Konferenz vereinbart werden durch den Abschluß von Handelsverträgen und Vereinbarungen über wirtschaftliche und Verkehrsfragen zwischen den beiden Teilnehmern an der Konferenz.

Sachsenburg, 30. Juli. Auf der diesigen Konferenz der russischen Nachfolgestaaten wurde festgestellt, daß zwischen Lettland, Estland und Litauen Feindesfeinde militärische Aktionen bestehen. In einer Entschließung wird auch ausgeholt, daß auch für die Zukunft keine militärischen Konventionen in Aussicht genommen sind. Die Konferenz sprach einstimmig den Wunsch aus, mit den russischen sozialistischen Sowjetrepubliken freundliche Beziehungen herzustellen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu unterstützen, pflegen und auszubauen.

Ermäßigungen nach dem Lohnsteuergesetz

Im Reichsgesetzblatt vom 15. Juli 1921 Nr. 72 ist das Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn veröffentlicht. Nach diesem Gesetz sind bei allen kündigten und unständigen Arbeitnehmern von jeder Lohnzahlung zunächst 10 v. H. für Abrechnung des Arbeitnehmers einzubehalten. In Abs. 2 des neuen Paragraphen 46 des Einkommensteuergesetzes sind Ermäßigungen dieses Steuerabzugs vorgesehen, die vom Arbeitgeber beim Lohnabzug zu berücksichtigen sind. Zur richtigen Steuerberechnung mögen folgende Erläuterungen dienen:

Einmal ermäßigt sich der einzubehaltende Betrag von 10 v. H. um die in Paragraph 26 Abs. 1 und 2 des Einkommensteuergesetzes vorgesehenen Beträge. Daneben tritt künftig bei sämtlichen Arbeitnehmern zur Abrechnung der nach Paragraph 13 des Einkommensteuergesetzes gültigen Abzüge eine weitere Ermäßigung des einzubehaltenden Betrages von 10 v. H. des Arbeitslohnens ein und zwar:

- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Stunden auf 0,15 M. für je zwei angefangene oder volle Stunden,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Tagen auf 0,60 M. täglich,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Wochen auf 3,60 M. wöchentlich,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Monaten auf 18 M. monatlich.

Das Gesetz läßt also nicht mehr die einzelnen in Paragraph 18 aufgeführten Beträge in ihrer tatsächlichen Höhe zum Abzug vom Arbeitslohn zu, es setzt vielmehr an Stelle der sämtlichen nach Paragraph 13 gültigen Abzüge, als welche für Arbeitnehmer in der Haupstädte die zur Erwerbung, Sicherung und Erhaltung des steuerbaren Einkunfts gemachten Aufwendungen (Werbeabzüge, sowie Beiträge zu Kranken-Versicherungssprämien und Beiträge zu Berufs- und Wirtschaftsvertretungen usw.) in Betracht kommen, einen den einzubehaltenden Steuerabzug mindernden Haushaltssatz von 180 M. jährlich fest.

Gemäß Abs. 2 des mit dem 1. April 1921 in Kraft getretenen Artikels III des Gesetzes gilt bei einem den Betrag von 24 000 M. jährlich nicht überschreitenden gesamten steuerbaren Einkommen die Einkommensteuer vom Arbeitslohn für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes, das für den 1. Januar 1922 in Aussicht genommen ist, durch den für dieses voraussichtlich bewirkten Steuerabzug als getilgt, und gemäß Abs. 3 a. a. D. werden bei einem den Betrag von 24 000 M. jährlich überschreitenden gesamten steuerbaren Einkommen auf das Abrechnungsjahr 1921 die in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum Inkrafttreten des Gesetzes von dem Arbeitslohn einbehalteten und vorbehalteten Beträge angerechnet. Art. III Abs. 1 gibt die entsprechenden Übergangsvorschriften. Danach treten die Ermäßigungen des oben wiedergegebenen Paragraph 46 Abs. 2 Nr. 3 bei jeder Lohnzahlung ein, die nach dem 31. Juli 1921 erfolgt. Es sind also bei jeder nach dem 31. Juli 1921 erfolgenden Lohnzahlung die oben genannten Beträge von dem nach Berücksichtigung des Haushaltssatzes einzubehaltenden Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohnens abzuziehen. Diese Ermäßigungen sind jedoch in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Juli 1921 noch nicht vorgenommen worden. Deshalb ist bestimmt, daß sich in denjenigen Fällen, in denen Abzüge im Sinne des Paragraph 13 nicht schon bei dem Steuerabzug in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Juli 1921 berücksichtigt sind, zum Ausgleich dieser Abzüge die in Paragraph 46 Abs. 2 Nr. 3 vorgegebenen Ermäßigungen für den in der Zeit vom 1. August 1921 bis 31. Oktober 1921 fällig gewordenen Arbeitslohn entsprechend erhöhen und zwar:

- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Stunden auf 0,40 M. für je angefangene oder volle 2 Stunden,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Tagen auf 1,40 täglich,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Wochen auf 8,40 M. wöchentlich,
- im Falle der Zahlung des Arbeitslohns nach Monaten auf 35 M. monatlich.

Vom 1. August 1921 an unterliegen auch die aus der Leistung von Nebenstunden, Nebertätigkeiten, Sonntagsarbeit und sonstiger, aber die regelmäßige Arbeit nicht umfassenden Arbeitsleistung erzielter Wöhne auf dem Zweckabzug.

Von dem Arbeitslohn der ständig beschäftigten Arbeitnehmer — einschließlich der Wöhne aus der Leistung von Nebenstunden, Nebertätigkeiten usw. — hat der Arbeitgeber gemäß Paragraph 45a des gelieferten Gesetzes bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Betrages einzubehalten, um den der Arbeitslohn die in Paragraph 45a des Einkommensteuergesetzes aufgeführten Beträge, das sind

- 4 M. für den Tag,
- 24 M. für die Woche,
- 100 M. für den Monat.

Übersteht. Der gleiche Betrag ist abzugsfrei zu belassen für die zur Haushaltung zählende Ehefrau des Arbeitnehmers (Paragraph 45a Abs. 1).

Für den Steuerabzug ergibt sich vom 1. August 1921 an folgende Neuregelung:

Von dem Arbeitslohn der ständig beschäftigten Arbeitnehmer, Nebertätigkeiten usw. — hat der Arbeitgeber gemäß Paragraph 45a des gelieferten Gesetzes bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Betrages einzubehalten, um den der Arbeitslohn die in Paragraph 45a des Einkommensteuergesetzes aufgeführten Beträge, das sind

- 6 M. für den Tag,
- 36 M. für die Woche,
- 180 M. für den Monat (Paragraph 45a Abs. 2).

Dazu tritt vom 1. August 1921 an

- in den Fällen, in denen Abzüge nach Paragraph 13 des Einkommensteuergesetzes schon in der Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. Juli 1921 berücksichtigt worden sind, eine Ermäßigung des Steuerabzugsbetrages von 10 v. H. für
- um 0,60 M. täglich, bzw.
- um 3,60 M. wöchentlich, bzw.
- um 18 M. monatlich, bzw.

II. in den Fällen, in denen Abzüge nach Paragraph 13 des Einkommensteuergesetzes in der Zeit vom 1. April 1921 bis 31. Juli 1921 nicht berücksichtigt worden sind, eine Ermäßigung des Steuerabzugsbetrages von 10 v. H. für

- um 1,20 M. täglich, bzw.
- um 8,40 M. wöchentlich, bzw.
- um 43 M. monatlich.

Bei jedem nach dem 31. Oktober 1921 erholenden Lohnabzug sind bei sämtlichen Arbeitnehmern kommen auch in diesen Fällen zur Abrechnung der nach Paragraph 13 des Einkommensteuergesetzes aufzuhaltenden Abzüge nur die Beträge des Paragraph 46 Abs. 2.

Rattenbeiträge und sonstige Werbungskosten im Sinne von Paragraph 18 des Einkommensteuergesetzes dürfen von jetzt ab vom Lohngehalte nicht mehr gefordert werden. Der Abzug gilt mit dem Lohngehalte von 1800 M. als abgegolten. In den Fällen jedoch, in denen Arbeitnehmer von dem Finanzamt eine Belohnung darüber erhalten haben, daß beim Steuerabzug höhere Abzüge als 1800 M. jährlich zu berücksichtigen sind, treten diese höheren Abzüge an Stelle der obengenannten Beträge.

Den unständig beschäftigten Arbeitnehmern ist von dem Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung 10 v. H. des Arbeitslohnens einzubehalten (Paragraph 1c der vorläufigen Bestimmungen vom 28. Juli 1920) mit der Maßgabe, daß bei den Lohnzahlungen noch dem 31. Juli 1921 bis zum 31. Oktober 1921 sich der einzubehaltende Betrag nicht erhöhte. Die Arbeitnehmer erklären, sie könnten damit nicht auskommen, auch seien die Landwirte angehört, der vorzüglichen Betriebsförderung im Lande, den Lohn zu erhöhen. Das sächsische Wirtschaftoministerium hatte für Sonnabend eine Verhinderungskonferenz einberufen, aber die Landwirte lehnten die Teilnahme ab und bezeichneten sich wieder auf den Tarif. Zur Verhinderung der Rostlandarbeiten ist nunmehr die technische Rotholze eingesetzt worden.

Weitere Ankündigungen wegen etwaiger Zweifel sind bei den zuständigen Finanzämtern einzuhören.

Aus Dresden

Offizielle Mahnung zur Zahlung der 1. Rate der vorläufigen Reichseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1921

Steuerpflichtige, die ein vorläufiges Anforderungs- schreiben über Reichseinkommensteuer auf das Rechnungsjahr 1921 erhalten, aber die 1. Rate derselben innerhalb 2 Wochen nach der Zustellung des genannten Anforderungs- schreibens nicht bezahlt haben, werden hiermit auf Grund von § 314 der Richterabkommenordnung mit Benachrichtigung des Landesfinanzamtes Dresden aufgefordert, den rückständigen Steuerbetrag binnen 8 Tagen zu bezahlen.

Eine besondere schriftliche Mahnung erfolgt nicht, vielmehr wird nach Ablauf von 8 Tagen das Polizeirechtsgesetz beauftragt, die dann noch rückständigen Steuerbeläge zwangsmässig einzuziehen.

Die 2. Rate der Reichseinkommensteuer

ist bis zum 15. August 1921 an die dem Anforderungsschreiben aufgedruckte Rassenstelle abzuführen. Für die Bewohner der Stadtteile, in welchen ständige Rassenstellen nicht bestehen, bietet sich Gelenk an, die genannte 2. Rate und die noch etwa rückständige 1. Rate am 1. August 1921, vormittags von 1/2 bis 1 Uhr an den in den Aufstellungen verzeichneten krmischen Rassenstellen zu entrichten.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

S Dresden-Johannstadt. Herz-Jesu-Konferenz des Diakoniusvereins. Mittwoch, den 8. August abends 8 Uhr Geling im Speisesaal, Wittenberger Straße 88.

Lehrer Richard Schwarzbach
und Frau Elisabeth geb. Bernet
zeigen nur hierdurch ihre am 30. Juli 1921 in aller Stille erfolgte Vermählung an.

Kunstfärberei und Dampfwaschanstalt
Chemische Reinigungs-Anstalt
Fernsprecher 22109 **M. Richter** Fernsprecher 22109
Fabrik u. Kontor: **Dresden, Prleßnitzstr. 44**
färbt, wäscht, reinigt schnell, sauber und preiswert.
Annahmestellen: Breite Straße 16, Gutzkowstr. 9, Viktoriastr. 1,
Stiftstraße 4, Oppelstraße 16, Hauptstraße 2.
Auf Wunsch Abholung frei Haus.

Rarität

(Hamburger Corona)
Wieder zu haben!

**Die
gute Zigarre
zu 100 Pf.
Qualitätsarbeit!**

Diese Zigarre ist das Produkt einer tiefen Kenntnis des Rohmaterials, verbunden mit einem in jahrelanger Erfahrung geprägten Verständnis für den Geschmack des Rauchers

W. Beutner
Zigarren-Importeur
Dresden-A., Zahngasse 3
Fernsprecher 18761

Original-Größe!

Bei Kauf dieses Inserats gebe bei Kauf 10 obiger Zigarren 1 Zigarre gratis!

Bankhaus
Grieshammer & Löder

Dresden-A., Viktoriastrasse 28
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
Fernsprecher 12451

Letzte Telegramme**Der Oberste Rat**

Paris, 1. August. Vom Journal wird Bräu persönlich die Einladungen zur Tagung des Obersten Rates ergehen lassen, die unter seinem Vorsitz am Quai d'Orsay stattfindet.

Die Rückkehr des französischen Besatzungs-

Frankfurt, 1. August. Der Protest des Kreises Meisenheim gegen die dauernden Artilleriebeschussungen der Franzosen, welche die Einbringung derente nicht behindern, hat jetzt den kommandierenden General der Rheinarmee zu einer Erklärung veranlaßt, in der er in sehr spöttischer Weise der Bevölkerung beweisen will, daß durch den Vorfall der Feuerwehren am Samstag die Einbringung derente nicht erschwert werde. Am übrigen sei abzusehen, daß die Abhaltung militärischer Übungen unabänderlich. So sieht die Müdigkeit der Besatzung auf die Bevölkerung des Rheinlandes aus.

Eine pazifistische Stimme zum Rheinlandproblem

Brüssel, 1. August. Die Presse berichtet ein Werk des grünen Universitätsprofessors Leclaire, das unter dem Titel "Die westliche Frage" erschien ist und mit seiner Stellungnahme zur Schaffung eines selbständigen Rheinlandes großes Aufsehen erregt hat. Aus historischen Gründen kommt der Verfasser unter Ablehnung eines autonomen Rheinlandstaates auf die Notwendigkeit einer pazifistischen Politik gegenüber Deutschland. Auch das führende Blatt der Liberalen, der "Soir", hält die Möglichkeit der Verwirklichung eines autonomen Rheinlandes für sehr zweifelhaft.

Der türkisch-russische Vertrag ratifiziert

Paris, 1. August. Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die türkische Nationalversammlung den im März dieses Jahres gezeichneten türkisch-russischen Vertrag mit 207 gegen 1 Stimme ratifiziert.

Garten-Kaffeehaus „Maximilian“

Dresden, Moritzstraße 19, Ecke Maximilianring
Nächst Pirnaischer Platz.

Heute Montag den 1. und morgen Dienstag den 2. August

Große Opftage

für die notleidenden und schwerbedrängten
Oberschlesier, Flüchtlinge und Vertriebenen

Täglich:

Großes Künstler-Konzert

ausgeführt von der verstärkten Hauskapelle
unter Leitung des Kapellmeisters O. Wehner.

Tanz in der Diele im 1. Stock.

Kabarett-Tanzvorführungen der kleinen Spitzen-Tänzerinnen Dresden

— Anfang 7 Uhr. —

In Anbetracht der guten Sache wird um rege
Teilnahme gebeten

Oberschlesische Hilfe Dresden. Martin Meißner.

Heidelbeeren
Preißelbeeren
Aprikosen
Tomaten

Bohnen
Gemüse
Pilze

Fruchtsüsse

Gurken

•
Einkoch-Apparate
Gläser
Saftgewinner
Einlegelöpfe

Gebr. Eberstein

Dresden, Altmarkt 7

Herrenstoffe
Kostümstoffe
Mantelstoffe
Sportstoffe
Futterstoffe
Billard-, Pult-, Wagen-, Uniformstüche, Manchester-ord, Altartüche
empfiehlt 1402

Hermann Pörschel
Tuchlager
Dresden-A., Scheffelstraße 19
Gegründet 1888

Waldbrand

Nürnberg, 1. August. Ein großer Waldbrand vernichtet in unmittelbarer Nähe der Stadt mehrere hundert Hektar Wald, bestandes im Werte von über eine Million Mark. Der Brand konnte erst nach neunstündiger Tätigkeit zahlreicher Feuerwehren, der Polizei und Reichswehr gelöscht werden. Vermutlich liegt Brandstiftung vor.

Bearbeitet durch: Für den redaktionellen Teil: Friedrich Körting; für den Unterenten: Josef Hoffmann. — Druck und Verlag der "Saxonie-Buchdruckerei" C. m. b. o. zu Dresden.

Schirgiswalde**Zucker-Verteilung**

Dem Kommunalverband Baunen-Land ist es möglich, aus erweiterten Mengen

1/4 Pfund Zucker

auf den Kopf der Bevölkerung zum Preise von 1.00 Mr. auszureihen und zwar vom 2 bis 8. August 1921 auf Abschnitt 19 der Lebensmittelarie für Reichsleibverorger und Abschnitt 3 für Selbstverorger.

Die Belieferung der Kleinhandler erfolgt durch die Vorstufen der Kleinhandelsvereinigungen resp. durch die Firmen Brügel & Söhne in Baunen.

Baunen, am 30. Juli 1921.

[1803] **Kommunalverband Baunen-Land.**

**Aluminium Reiseartikel**

Isolierflaschen
Hängematten
Kleiderbügel
Schließsicherungen

Donath

Dresden, Dippoldiswalder Platz 2

Tischlermeister!

Suche Ostern 1922 für meinen Sohn (vorgebildet) **Tischler-Lehrstelle** mit Wohnung und Kost. Off. erh. u. A. St. 33, Dresden, Postamt 22

Die Sorge um das tägliche Brot

wird unendlich schwer, wenn Krankheiten die Ausübung der Berufstätigkeit behindern

Wohlmuth's elektro-galvanischer Schwachstrom-Apparat

(Marko Geweco)

zur Selbstbehandlung ist ein tausendfach bewährtes Mittel gegen Erkrankungen der verschiedensten Art. Verlangen Sie kostenlose Druckschriften und nehmen Sie Probebehandlungen.

G. Weilmuth & Co., A.-G., Dresden, Bürgerwiese 22 (Haus Dianabad).

Behandlungs-Institute (Ambulanzen) und Vorführungsstellen:

Sanitätshaus **M. Thierfelder**, Dresden-A., Amalienstr. 28; J. Albert Götz, Dresden-N., Hauptstraße 17

Franz A. M. Schmelzer, Dresden-A., Ermelstraße 19

Otto Tretter Nachf., Dr.-Blasewitz, Am Schillerplatz

Richard Häusle, Naturhölanstalt, Bühlau, Carolistr. 4

General-Vertreter für Amtshauptmannschaft Bautzen:

Max Warnatsch, Bautzen, Heringstraße 3, I.

Amtliche Bekanntmachungen**Ernte 1921**

I.

Gemäß der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 5. Juli 1921 („Reichsanzeiger“) vom 9. Juli 1921 Nr. 158 wird in Ergänzung der Bekanntmachung vom 15. Juli 1921, Ernte 1921 betr., folgendes bestimmt:

§ 1. Der Preis für zusammengetrocknetes Getreide richtet sich nach der Art des Getreides und seiner Zusammensetzung.

§ 2. Als Getreide von mindestens mittlerer Art und Qualität gilt Getreide nur, wenn die Einfülligkeit bei Lieferung vor dem 1. Oktober 1921 — 19 von Hundert und bei Lieferungen vom 1. Oktober 1921 ab — 17 von Hundert nicht übersteigt und wenn es gut und gesund ist, auch hinsichtlich seiner sonstigen Eigenschaften der Durchschnittsbeschaffenheit der herkommenden Getreide in der Abladegegend entspricht.

§ 3. Für die Bewertung des Getreides ist seine Viskosität bei der Aufsicht ein dem von dem Erwerber bezeichneten Zeitpunkt vorliegende zu beachten.

§ 4. Die Preise gelten für Lieferung ohne Zoll. Die höheren Viskositäten für lehmige Nebelstreu und insbesondere über die Verzehrgüte und über die Preise der Zärt ist die Reichsgetreidestelle jeweils durch Bekanntmachung im deutschen „Reichsanzeiger“.

Stellt der Verkäufer Güte nur bis zur Verladestelle fest, von dem die Ware mit der Wahr oder zu Wasser verschickt wird, zur Verfügung, so darf hierfür eine Verzehrgüte nicht berechnet werden.

§ 5. Die Preise gelten für Vorauszahlung binnen 15 Tagen vor Ablieferung. Wird der Kaufpreis später gestundet, so dürfen bis zu 2 vom Hundert Jahreszufluss über Reichsbaubestand abgeschlagen werden.

II.

Zur Ausführung der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 14. Juli 1921 wird zu § 3 der Bekanntmachung des Gemeindeverbandes Dresden und Umgebung vom 15. Juli 1921 betr., folgendes bestimmt:

Wenn ein Erzeuger nachweist, daß er unter Verpflichtung des eigenen Wirtschaftsbedarfs Originalsaatgut von Wintergetreide abliefern möchte, kann er sich von der Verpflichtung zur Lieferung aufzulösen, durch Zahlung des dem Unterschied zwischen dem Umlagepreis und dem Marktpreis für freies Getreide entsprechenden Betrages durch Zahlung von 400 R. für die Tonnen bestreiten.

Dresden, am 1. August 1921.

[1807] **Gemeindeverband Dresden und Umgebung.**